



LAND BRANDENBURG

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Wünsdorfer Platz 4–5 | D-15806 Zossen

Amt Brück
Fachbereich Bauen
Herr Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Brandenburgisches Landesamt
für Denkmalpflege und
Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege /
Archäologisches Landesmuseum

Wünsdorfer Platz 4–5
D-15806 Zossen (Ortsteil Wünsdorf)
Internet: www.bldam-brandenburg.de

Dezernat Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte /
Braunkohle
Bearbeiterin: Dr. Julia Braungart
Telefon: 03 37 02 / 211 14 06
Durchwahl: 03 37 02 / 211 15 71
Telefax: 03 37 02 / 211 15 01
E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Wünsdorf, den 14. April 2025

Ihr Zeichen
E-Mail

Unser Zeichen (Bitte immer angeben.)
GV 2025:139

Vorentwurf vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch

Hier: Fachliche Stellungnahme Träger Öffentlicher Belange zum Schutzgut Bodendenkmale im Vorhabensbereich

Sehr geehrter Herr Mattern,

unmittelbar angrenzend an das o. g. Vorhaben (Teilfläche 1) sind **derzeit drei Bodendenkmale** im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage).¹

BD i. B. 30040	Cammer 13	Siedlung Urgeschichte
BD i. B. 30029	Cammer 2	Gräberfeld römische Kaiserzeit
BD i. B. 30030	Cammer 3	Siedlung römische Kaiserzeit

Sollten im Zusammenhang mit dem Vorhaben in diesem Bereich Bodeneingriffe erforderlich werden, gelten folgende Bestimmungen.

Bodendenkmale (siehe Anlage):

Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige **denkmalschutzbehördliche Erlaubnis** bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige **fachgerechte Bergung und Dokumentation** nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle

¹ Datenschutz und Datennutzungshinweis: Bodendenkmale (BD) können sowohl mit der Flächendarstellung als auch der ID-Nr. veröffentlicht werden, ein mittig eingefügtes Symbol = „BD“ ist hierbei hilfreich. Bodendenkmale in Bearbeitung (BD i. B.) dürfen nur ohne Flächendarstellung mit einem mittig eingefügten Symbol = „BD i. B.“ oder der Denkmal-ID-Nr. veröffentlicht werden, da es sich bei diesen Denkmalen um noch nicht – im Sinne des BbgDSchG § 3 – flurstückscharf abgegrenzte Flächen bzw. Eintragungen handelt.

Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) die*der Veranlasser*in **kostenpflichtig**. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die*den Vorhaberträger*in zudem die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im restlichen Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien [VV EED] vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i. d. R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), sollten möglichst nicht im Bereich des Bodendenkmals eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte unversiegelte Flächen und Wege außerhalb des bekannten Bodendenkmals anzulegen, so werden kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.

Allgemein:

Sollten während der Bauausführung im Vorhabenbereich bei Erdarbeiten – auch außerhalb der ausgewiesenen und beauftragten Fläche – Bodendenkmale (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. Ä.) entdeckt werden, sind diese **unverzüglich** der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum **anzuzeigen** (BbgDSchG § 11 <1> und <2>). Die Entdeckungsstätte und die Funde sind **bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten**, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die*der Träger*in des Vorhabens hat nach Maßgabe der §§ 7 (3), 9 (3)-(4) und 11 (3) BbgDSchG sowohl die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen, als auch die Dokumentation sicher zu stellen. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>).

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Im Genehmigungsbescheid ist festzuhalten, dass nach dem Rückbau der Solaranlage das Tiefpflügen oder sonstige intensive Bodeneingriffe im Rahmen des Rekultivierungsprozesses in ausgewiesenen Bodendenkmalflächen nicht erlaubt sind. Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbgDSchG § 9 genehmigungspflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der*dem Veranlasser*in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen:

Dr. Julia Braungart, E-Mail: julia.braungart@bldam.brandenburg.de

Hinweis:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Dr. Julia Braungart
Fachreferentin für Energiewendemaßnahmen
Referat Großvorhaben / Sonderprojekte / Braunkohle

Anlage

Kopie an - Lkr. Potsdam-Mittelmark / Untere Denkmalschutzbehörde

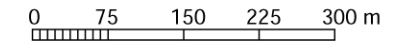
Anlage



14.04.2025



Maßstab 1: 7500



Brandenburgisches Landesamt für
Denkmalpflege und Archäologisches
Landesmuseum
Abt. Bodendenkmalpflege
GV 2025:139
Legende

N Ihre Planung

■ Bodendenkmal in Bearbeitung

Geobasisdaten: © GeoBasis-DE/LGB, dl-de/by-2-0
Denkmaldaten: © BLDAM 2025
Nur für den internen Gebrauch. Die Vervielfältigung, Umarbeitung und Weitergabe an Dritte ist nur mit Zustimmung des BLDAM erlaubt.

Gemeinsame Landesplanungsabteilung
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 | 14467 Potsdam

Amt Brück
Fachbereich Bauen
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Nur per mail: baurecht@amt-brueck.de
nachrichtlich: aw.pgmu@web.de
juliane.prause@havelland-flaeming.de
toeb@potsdam-mittelmark.de

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8,
14467 Potsdam

Bearbeiter/-in: Nicolai Melcel
E-Mail: Nicolai.Melcel@gl.berlin-brandenburg.de
Telefon: +49 331 866-8777
Telefax: +49 331 866-8703 (Potsdam)
+49 331 866-8799 (Cottbus)
Internet: gl.berlin-brandenburg.de
Datum: 25. April 2025
Gesch.-Z.: 11-GL5-4615-2-206/2025-001/001
Dokument Nr.: A-2025-00044438

GL Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Freiflächen-PVA Cammer

GL-Reg.-Nr. 0082/2021
Verfahrensschritt: Stand: Januar 2025
Gemeinde: Planebruch
Kreis: Potsdam-Mittelmark
Region: Havelland-Fläming

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB |
| <input type="checkbox"/> | Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB |

Beurteilung der Planungsabsicht auf Grundlage der Landesplanung:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen |
| <input type="checkbox"/> | Planungsabsicht steht im Widerspruch zu Zielen der Raumordnung |
| <input type="checkbox"/> | Anpassung an Ziele der Raumordnung nur unter u. g. Voraussetzungen möglich |

Die GL äußert sich im Rahmen der Behördenbeteiligung¹ an kommunalen Bauleitplanungen zu den Inhalten der Landesplanung (LEPro, LEP HR, LEP FS, Braunkohleplanung). Die Belange der Regionalplanung, insbesondere auch die beachtenspflichtigen regionalplanerischen Ziele, werden durch die Regionale Planungsgemeinschaft vertreten. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist als Träger öffentlicher Belange durch die Kommune direkt zu beteiligen.

Erläuterungen:

Mit dem o. g. Vorhaben sollen drei Intensivackerflächen als Photovoltaikanlage zur Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie genutzt werden.

¹ Mit Inkrafttreten des geänderten Landesplanungsvertrages am 01.08.2024 ist die bisherige Mitteilung der Ziele der Raumordnung durch die GL entfallen (vgl. <https://bravors.brandenburg.de/vertraege/lply> sowie das Rundschreiben der GL vom 03.09.2024 zur Aufstellung von Bauleitplänen nach Änderung des Raumordnungs- und Landesplanungsrechts: <https://gl.berlin-brandenburg.de/umsetzung-der-raumordnungsplaene/anpassung-der-bauleitplanung-an-die-ziele-der-raumordnung/>).

Für die Teilflächen 2 und 3 sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen getroffen worden. Ziele des LEP HR stehen der Planung nicht entgegen.

Nach der Festlegungskarte des LEP HR liegt die Teilfläche 1 im Randbereich des Freiraumverbundes gemäß Ziel Z 6.2 LEP HR. Der Freiraumverbund ist räumlich und in seiner Funktionsfähigkeit zu sichern. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. **Durch die beabsichtigte Planung ist unter Berücksichtigung der raumordnerischen Planunschärfe eine Beeinträchtigung des Freiraumverbundes nicht zu erwarten.**

Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht

Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, (GVBl. I S. 235)

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)

Bindungswirkung

Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.

Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.

Hinweise

- Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.
- Wir bitten, **Beteiligungen** zu Bauleitplanverfahren nur **in digitaler Form durchzuführen** (E-Mail oder Download-Link) und dafür **ausschließlich unser Referatspostfach** zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de.
- Wir bitten, **Mitteilungen über das Inkrafttreten** von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 (4) BauGB oder die **Einstellung von Verfahren** nur **in digitaler Form** (E-Mail oder Download-Link) zu senden an unser **Referatspostfach** gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de sowie zur Aktualisierung des Raumordnungskatasters/PLIS zusätzlich an das LBV/Raumbeobachtung: PLIS@lbv.brandenburg.de.
- Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: <https://gl.berlin-brandenburg.de/wp-content/uploads/Info-personenbezogene-Daten-GL-5.pdf>.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Nicolai Melcel

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.

Amt Brück
FB Bauen z. Hd. Herrn Mattern
Ernst-Thälmann-Str. 59
14822 Brück

vorab per email an: baurecht@amt-brueck.de

Bearb.: Aline Jänicke
Gesch-Z.: 110-41-802010001/2025-
074/001-3988LF
Telefon: +49 3342 4266-4113
Fax: +49 3342 4266-7266
Internet: [www.lubb.berlin-
brandenburg.de/](http://www.lubb.berlin-brandenburg.de/)
E-Mail: toeb-lubb@LBV.brandenburg.de

Schönefeld, 22.04.2025

Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch (Stand: 14.01.2025)

Hier: frühzeitige Beteiligung mit Schreiben vom 18.03.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen zum Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch (Stand: 14.01.2025) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:

1. Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.
2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt.
3. §18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen.
4. Es bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch (Stand: 14.01.2025).

Begründung:

Das Planungsvorhaben liegt in der Gemeinde Planebruch, im Landkreis Potsdam-Mittelmark des Bundeslandes Brandenburg.

Im näheren Umkreis bis 13 km befinden sich keine genehmigten Landeplätze des Landes Brandenburg. Das Planungsvorhaben befindet sich außerhalb von Bauschutzbereichen gem. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segelfluggeländen. Innerhalb des Gemeindegebietes befindet sich das Modellfluggelände „Damelang“.

Weder die geplanten Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung – sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlage – noch die zum Maß der baulichen Nutzung – maximale Höhe baulicher Anlagen von 4,0 m für PV-Module und 8,0 m für Kameramasten, sind geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen. Auf die Verwendung blendfreier Oberflächen bei den Modulen ist zu achten, um Blendwirkungen für den Luftverkehr auszuschließen.

Das Planungsvorhaben liegt außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl. § 18a LuftVG).

Insgesamt bestehen keine Bedenken gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch (Stand: 14.01.2025).

Hinweise:

1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.
2. Zur Abklärung eventueller militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIADBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.
3. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen der im Land Brandenburg gelegenen Landeplätzen finden Sie unter: „<https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg>“.

Um Übersendung einer Kopie vom Abwägungsergebnis wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jänicke

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG



Landesamt für Bauen und Verkehr • 03007 Cottbus • PSF 10 07 44

Amt Brück
Fachbereich Bauen
z.Hd. Herrn Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Versand nur per E-Mail an:
baurecht@amt-brueck.de
aw.pgmu@web.de

Außenstelle Cottbus

Bearb.: Michaela Borchardt
Gesch.-Z.: 110-24-518000513/2025-030/001
Telefon: +49 3342 4266-2412
Fax: +49 3342 4266-7608
Internet: www.lbv.brandenburg.de
E-Mail: Michaela.Borchardt@LBV.brandenburg.de

Cottbus, 28.03.2025

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch

Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB

Ihre Nachricht vom 17. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

den von Ihnen eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit des Landesamtes für Bauen und Verkehr (LBV) als Verkehrsüberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planungsverfahren“ (Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17. Juni 2015, veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27, vom 15. Juli 2015, S. 575) geprüft.

Mit der Aufstellung des o. a. Bebauungsplans sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf Ackerflächen nördlich des OT Cammer geschaffen werden.

Aus verkehrsbehördlicher Sicht des Landes bestehen gegen die Aufstellung des Bebauungsplans grundsätzlich keine Einwände.

Außenstelle Cottbus • Gulbener Straße 24 • 03046 Cottbus • Tel.: 03342 4266-7102 • Fax: 03342 4266-7608
Öffentliche Verkehrsmittel: Straßenbahnlinie 2 und 4 bis Stadthalle oder Buslinie 16 bis Papitzer Straße

Landesamt für Bauen und Verkehr • Lindenallee 51 • 15366 Hoppegarten • Tel.: 03342 4266-0 • Fax: 03342 4266-7601)

E-Rechnung: <https://xrechnung-bdr.de>; Leitweg-ID: 12-121096894453782-21
Bankverbindung: Landeshauptkasse Potsdam • Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)
IBAN: DE02 3005 0000 7110 4015 15 • BIC-Swift: WELADEDXXX

Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr und Binnenschifffahrt werden nicht berührt.

übriger ÖPNV

Die Teilfläche 1 liegt in südwestlicher Richtung nicht weit von der Landesstraße L 85 entfernt, auf der nach mir vorliegenden Informationen, Linien des übrigen ÖPNV verkehren. Hinsichtlich der einzusetzenden Solarmodule gehe ich durch die Aufständigung der Solarmodule mit Ost-West Ausrichtung, die Verwendung von Modulen, deren Modulglas über eine spezielle Oberflächentexturierung und eine sogenannte Antireflexschicht verfügt sowie die ggf. Installation von Blendschutzeinrichtungen gemäß Gutachten davon aus, dass von diesen keine Blendwirkungen ausgehen werden, die den Verkehr beeinträchtigen könnten.

Zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung lassen sich aus der Zuständigkeit des LBV als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg darüber hinaus keine konkreten Hinweise und Forderungen ableiten.

Information zu Planungen oder sonstigen Maßnahmen der v. g. Verkehrsbereiche, die das Plangebiet betreffen könnten, liegen mir gegenwärtig nicht vor.

Eine Beurteilung des Planungsvorhabens aus ziviler luftrechtlicher Sicht erfolgt gesondert durch die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV).

Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Borchardt

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.



LBGR | Postfach 10 09 33 | 03009 Cottbus

Amt Brück
Fachbereich Bauen
Herr Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Inselstraße 26, 03046 Cottbus

Bearb.: Tzschichholz
AZ: 74.21.48-31-1030
Telefon: 0355-48640-337
Fax: 0355-48640-110
Internet: lbgr.brandenburg.de
Mail: lbgr@lbgr.brandenburg.de

Cottbus, 31. März 2025

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

A Allgemeine Angaben

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer", Gemeinde Planebruch, Landkreis Potsdam-Mittelmark

Ihr Schreiben (E-Mail) vom 17. März 2025 - Mattern

Anhørungsfrist: 25. April 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:

B Stellungnahme

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung in den Teilflächen 1 – 3.

- 1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:**

Keine.

- 2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:**

Keine.

- 3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:**

Überweisungen an:

Landesbank Hessen-Thüringen
Kontoinhaber: Landeshauptkasse
Potsdam
Konto-Nr.: 711 040 174 7
Bankleitzahl: 300 500 00

IBAN: DE 43 3005 0000 7110 4017
47
BIC-Swift: WELADEDXXX

Geologie:

Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden.

Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).

Auf das Anzeigeportal des LBGR <https://bohranzeige-brandenburg.de> wird verwiesen.

Hinweise:

Innerhalb des LBGR wird die Bearbeitung / Darstellung des TöB – Beteiligungsprozesses komplett digital abgebildet. Für eine effiziente, widerspruchsfreie und fristgerechte Bearbeitung des TöB – Prozesses im LBGR ist es dabei notwendig, das Datenaustauschformat XPlan zur Unterstützung eines verlustfreien Austausches von Bauleitplänen, Raumordnungsplänen und Landschaftsplänen zwischen unterschiedlichen IT-Systemen zu nutzen. Dieses Format ist seit dem 5. Oktober 2017 vom IT-Planungsrat gemäß §12 des Gesetzes über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) verbindlich als Austauschstandard im Planungsbereich festgelegt worden. Ergänzend besteht die Möglichkeit, die Planungsflächen bei Beteiligungsverfahren als GIS Standard shape EPSG – Code 25833 zu übersenden.

Eine Übersendung einfacher pdf-Dokumente als Planungsgrundlage und Darstellung der Planungsflächen genügt diesen Ansprüchen nicht! Zur weiteren Generalisierung des TöB-Prozesses ist zukünftig bei Beteiligungen des LBGR, vorrangig das Bauleitplanungsportal des Landes Brandenburg und zwingend die E-Mail-Adresse lbgr@lbgr.brandenburg.de zu nutzen. Nur unter dieser E-Mail-Adresse ist ein ständiger Datenabruf im Vertretungs- oder Krankheitsfall etc. gewährleistet.

Durch die zunehmende Anzahl von Beteiligungen des LBGR an Bauleitplanungsverfahren, ist eine fristgerechte Bearbeitung der TöB – Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach dem Baugesetzbuch im Land Brandenburg (TöB-Runderlass - TöB-RdErl) nur unter den Voraussetzungen einer digitalen Datenbereitstellung der Planungsflächen möglich.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Tzschichholz

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Amt Brück
Fachbereich Bauen
z.Hd. Herrn Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Bearb.: Frau Heike Hawaleschka
Gesch-Z.:LFU-TOEB-
3700/1448+2#175160/2025
Hausruf: +49 355 4991-1365
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 08.04.2025

**vorhabenbezogener Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" Gemeinde
Planebruch, LK PM**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 17.03.2025
- Begründung, 14.01.2025
- Planzeichnungen, 14.01.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Heike Hawaleschka

Dieses Dokument wurde am 08.04.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Freiflächen-PVA Cammer" Gemeinde Planebruch, LK PM
Ansprechpartner*In: Referat: E-Mail:	Heike Hawaleschka T25 TOEB@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

--

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch, im Ortsteil Cammer, sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage, in drei Teilbereichen, mit Nebenanlagen geschaffen werden. Dafür werden sonstige Sondergebiete (SO 1.1 – 1.7/ SO 2.1 – 2.3/ SO 3.1 – 3.2)) mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ gemäß § 11 BauNVO festgesetzt.

Das Plangebiet hat eine Gesamtgröße von ca. 61,9 ha und besteht aus drei Teilflächen. Aktuell wird das Plangebiet landwirtschaftlich genutzt. Alle genutzten Wege bleiben erhalten.

Teilfläche 1 besteht aus sieben Baufeldern (SO 1.1 – 1.7) und befindet sich nordwestlich der Ortslage (OL) Cammer. Direkt angrenzend befinden sich nördlich und östlich Waldflächen. Südlich grenzen Flächen für Landwirtschaft, die Landesstraße L 85 (Hauptstraße) und südöstlich der Ortsteil Cammer an das Plangebiet. Die verkehrliche Erschließung soll über vorhandene Feld- und Waldwege erfolgen. Die nächstgelegene Wohnbebauung (Hauptstraße 69) liegt südöstlich der Teilfläche in ca. 330 m Entfernung.

Teilfläche 2 besteht aus drei Baufeldern (SO 2.1 – 2.3) und **Teilfläche 3** besteht aus zwei Baufeldern (SO 3.1 – 3.2). Sie befinden sich nördlich der OL Cammer. Durch die Teilflächen führen Wirtschaftswege. Beide Teilflächen sind von Wald umgeben. Die nächstgelegene Wohnbebauung ist mindestens 270 m in nordwestlicher Richtung entfernt.

Die Gemeinde Planebruch hat für den Ortsteil Cammer keinen Flächennutzungsplan. Dieser soll parallel zu diesen VBP aufgestellt werden.

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Die beabsichtigte Nutzung berührt unter Berücksichtigung des Standortes immissionsschutzrechtliche Belange. Nachfolgende Hinweise sind im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen.

Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes ist darauf zu achten, dass die von der PV-Anlage ausgehenden Licht-Emissionen und Geräuschemissionen nicht zu schädlichen Umwelteinwirkungen auf die Nachbarschaft führen.

Blendwirkungen

Zu den Auswirkungen durch Blendungen wird auf die Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 verwiesen. Bei der Beurteilung sind Immissionsorte kritisch, wenn sie vorwiegend westlich oder östlich einer Photovoltaikanlage liegen und weniger als ca. 100 m von dieser entfernt sind.

Danach befinden sich die nächstgelegenen Immissionsorte nicht im Einwirkungsbereich von Blendwirkungen.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Blendwirkungen auf Kraftfahrer, Lokführer und Piloten nicht vom LfU beurteilt werden.

Geräusche

In der Bauleitplanung findet zur Berücksichtigung des Schallschutzes die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Anwendung. Geräuschemissionen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen werden durch technische Anlagen wie z.B. Wechselrichterstationen, Transformatoren und Speicheranlagen hervorgerufen. Je nach Entfernung dieser Anlagen zu den Immissionsorten, kann es zu Beeinträchtigungen durch Lärm kommen. Dies ist auf Grund der Lage des Plangebietes nicht zu erwarten.

Fazit:

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht ergeben sich zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch, Stand Vorentwurf 14. Januar 2025, keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Anwendung besonderer technischer Verfahren oder detaillierter Untersuchungen im Hinblick auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand im Rahmen der Umweltprüfung nicht erforderlich. In den in Aussicht gestellten Umweltbericht sind verbale Ausführungen zu den Auswirkungen auf die immissionsrelevanten Schutzgüter Mensch und Klima/Luft einzuarbeiten.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	vBP "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch, LK PM
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

Teilfläche 1

In dieser Teilfläche befindet sich ein Gewässer II. Ordnung (Graben). Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.

Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).

Die Teilflächen 2 und 3 sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen.

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 02.04.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.



LAND BRANDENBURG

**Landesbetrieb
Forst Brandenburg**
- untere Forstbehörde -

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Forstamt Potsdam-Mittelmark | Waldfrieden 11 | 14806 Bad Belzig

5. April 2025

Forstamt Potsdam-Mittelmark

Amt Brück, Fachbereich Bauen
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Amt Brück Eingegangen				
Bearbeiter:				
AD	FB I	FB II	FB III	FB IV

Bearb.: Funktionsförster Alexander
Böttiger
Gesch.Z.: 080-3-FoA-13-
7002/204+72#176653/2025
Hausruf: +49 33846 90920
Fax:
FoA.Potsdam-Mittelmark@LFB.Brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Dippmannsdorf, 10.04.2025

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan und Vorentwurf Flächennutzungsplan:
"Freiflächen-PVA Cammer", Gemeinde Planebruch, Landkreis Potsdam-Mit-
telmark**

Sehr geehrte Damen und Herren.

Am 17.03.2025 ist die Aufforderung zur Stellungnahme gem. § 4 BauGB in dem
Forstamt Potsdam-Mittelmark eingegangen und wir unter dem Aktenzeichen
080-3-FoA-13-7002/204+72/2025 geführt. Als Anlage erhalten Sie die forstrechtl-
che Stellungnahme des Forstamtes Potsdam-Mittelmark.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Böttiger
Funktionsförster

Dieses Dokument wurde am 10.04.2025 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift
gültig.

Anlage:

Dienstgebäude

Waldfrieden 11

Telefon

(033846) 90920

Fax

(0331) 275484340

14806 Bad Belzig,
OT Dippmannsdorf

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Untere Forstbehörde
Forstamt Potsdam - Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen ☒

Stadt/Gemeinde/Amt:

- Satzung des Vorhabenbezogener Bebauungsplanes „Freiflächen – PVA Cammer und Flächennutzungsplan der Gemeinde Planebruch
- Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

☒ Flächennutzungsplan (Vorentwurf)

Gemeinde Planebruch

☒ Bebauungsplan

Vorhabenbezogener Bebauungsplanes „Freiflächen – PVA Cammer“

☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan

☐ sonstige Satzung

Frist für die Stellungnahme (§ 4 Abs. 2, § 4a Abs. 3 BauGB):

25.04.2025

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Landesbetrieb Forst Brandenburg
Untere Forstbehörde
Forstamt Potsdam - Mittelmark
Waldfrieden 11
14806 Bad Belzig

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendungen:

- PVA Standorte sind kein Wald gem. § 2 LWaldG
- Zuwegung zu den PVA – Teilfläche 2 und 3, sind Wald (Waldwege) gem. § 2 Abs. 2 (2) LWaldG

b) Rechtsgrundlagen:

Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I Nr. 6, S. 137), in der geltenden Fassung

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahme von Befreiungen):

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Festlegung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise:

☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:

☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Die Inanspruchnahme von Waldwegen - hier Wald- gem. § 2 LWaldG ist durch einen Antrag auf Nutzungsartenänderung gem. § 8 LWaldG im Forstamt Potsdam-Mittelmark schriftlich einzureichen.
2. Die Einverständniserklärungen der Flächen Eigentümer der Waldflächen, ist dem Antrag auf Nutzungsartenänderung beizufügen.
3. Für die Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme ist eine Baumartenwahl entsprechend der Empfehlung zur Mischung der Baum- und Straucharten im Wald - Bauartenmischungstabelle vom Mai 2022, ein Standortgutachten auf Grundlage der Anleitung für die forstliche Standortserkundung im nordostdeutschen Tiefland (Standortserkundungsanleitung SEA 95 -in jeweils gültiger Fassung) erforderlich und ein Waldrand einzuplanen.

10.04.2025

Datum, Unterschrift


Landesbetrieb Forst Brandenburg
Forstamt Potsdam-Mittelmark
Waldfrieden 11
14800 Bad Belzig
Böttiger-Funktionförster



LAND BRANDENBURG



Landesbetrieb
Straßenwesen

Landesbetrieb Straßen- | Lindenallee 51
wesen

| 15366 Hoppegarten

Amt Brück
FB Bauen
Clemens Mattern
Ernst-Thälmann-Str. 59
14822 Brück

Dezernat Planung West

Dienststätte Potsdam

Lindenallee 51

15366 Hoppegarten

Bearb.: Frau Rehfeld

Gesch.-Z.: 521.11

Hausruf: 03342-2491436

Fax: 03342-2491380

Internet: www.ls.brandenburg.de

Jacqueline.rehfeld@ls.brandenburg.de; ls-bauleitpla-
nung-west@ls.brandenburg.de

Autobahn A 10 AS Michendorf, A 115 AS Babelsberg
Potsdam Hbf. DB und S-Bahn S 7

Hoppegarten, 20.05.2025

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Ge-
meinde Planebruch
Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB**

Unser Zeichen: 41/2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Posteingang vom 17.03.2025 haben Sie die Unterlagen zu o.g. Sachverhalt
mit der Bitte um Stellungnahme eingereicht.

Der Geltungsbereich ist in 3 Teilbereiche eingeteilt und liegt im Außenbereich.
Teilbereich 1 liegt nordwestlich vom Ortsteil Cammer, Teilbereich 2 und 3 lie-
gen nördlich vom Ortsteil Cammer. Die Erschließung soll über Forst-/Wirt-
schaftswege erfolgen, welche für den Teilbereich an die L 85, Abschnitt 080,
km 11,31 anschließen und für den Teilbereich 2 und 3 an die L 86, Abschnitt
010, km 3,64.

Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Potsdam (LS) ist
für die Belange von Landesstraßen im Land Brandenburg zuständig und
nimmt wie folgt Stellung:

- Der LS stimmt dem **nicht** Bebauungsplan zu.



- Erschließungen über Forst-/Wirtschaftswege sind nicht zulässig.
- Zulässige Vorhaben im Außenbereich werden gemäß § 35 Abs. 1 BauGB durch eine ausreichend gesicherte Erschließung und der Tatsachen, dass keine öffentlichen Belange tangiert werden, charakterisiert. Die Pflicht der verkehrlichen Erschließung obliegt, soweit nicht anders geregelt, der Gemeinde (vgl. § 123 BauGB). Die Gemeinde Planbruch ist für die verkehrliche Erschließung verantwortlich.
- Der LS ist erneut zu beteiligen.

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Rehfeld unter der oben genannten Telefonnummer zur Verfügung.

Freundliche Grüße
Im Auftrag

Frank Schmidt
Dezernatsleiter Planung Region West



LANDKREIS
POTSDAM-MITTELMARK

Landkreis Potsdam-Mittelmark · Niemöllerstraße 1 · 14806 Bad Belzig

Nur per Mail baurecht@amt-brueck.de und
aw.pgmu@web.de

Amt Brück
Der Amtsdirektor
Ernst-Thälmann-Str. 59
14822 Brück

DER LANDRAT

Dezernat Bauen, Umwelt und
Kataster
Fachdienst Umwelt, Denkmal und
Recht

Postanschrift:

Postfach 11 38, 14801 Bad Belzig

Besucheranschrift:

Potsdamer Straße 18 A, 14513 Teltow

Ihr Kontakt beim Landkreis:

Frau Dorn
Telefon: 03328 318-541

toeb@potsdam-mittelmark.de

Datum: 22.04.2025

Unser Zeichen: 01019-25-60

Anlass: Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zu dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch

Grundstück: Cammer - OT der Gemeinde Planebruch, ~
Gemarkung Cammer, Flur 4, Flurstücke 75, u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Mail vom 17.03.2025 bittet die Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Freiflächen-PVA Cammer“ sowie um Übersendung der Stellungnahme an das Amt Brück.

Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.

Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.

Kontaktieren Sie uns:
Telefon: 033841 91-0
Fax: 033841 91-218
kontakt@potsdam-mittelmark.de

Besuchen Sie uns auf:
potsdam-mittelmark.de

Landkreis Potsdam-Mittelmark
IBAN: DE93 1605 0000 3502 2213 23
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Steuer-ID: DE18 11 61 118



- **Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht**

Untere Wasserbehörde

Wasserrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch gegenwärtig nicht entgegen.

Einwände

keine

Hinweise

1. Hydrogeologische Gegebenheiten

Für das Teilgebiet 1 beträgt laut GIS der Grundwasserflurabstand 1-2 m uGOK. Damit liegt eine hohe Grundwassergefährdung vor. An Standorten mit hoher Grundwassergefährdung sind korrosionsfreie Aufstellpfähle zu verbauen.

2. Löschwassererschließung

Löschwasserbrunnen sind bei der UWB anzuzeigen.

3. Batteriespeichersystem

Innerhalb des Planverfahrens ist bereits zu klären, ob stationäre Batterie-Energiespeicher in Zukunft errichtet werden sollen. Wenn ja, ist der Standort, die Bauweise und der Brandschutz zu klären.

Hinweis: Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) regelt mit den §§ 62 und 63 die Grundlagen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Anlagen. Die AwSV definiert den Anlagenbegriffs (§ 2 Abs. 9 AwSV) und regelt die Anforderungen an AwSV-Anlagen;

- die Rückhaltung austretender Stoffe (§ 18 AwSV)
- die Entwässerung (§ 19 AwSV)
- die Rückhaltung bei Brandereignissen (§ 20 AwSV)
- die Ermittlung von Gefährdungsstufen (§ 39 AwSV)
- die Anzeigepflicht (§ 40 AwSV),
- die Sachverständigenprüfpflicht (§ 46 AwSV i. V. mit den Anlagen 5 und 6)
- die Fachbetriebspflicht (§ 45 AwSV)
- die Anforderungen an Anlagen in Schutzgebieten (§§ 49, 50 AwSV)

Bezüglich des Aufbaues von stationären Batterie-Energiespeicher und deren Einstufung in eine Gefahrenstufe nach § 39 AwSV sowie den erforderlichen Bauausführungen und Sicherheitsvorkehrungen wird auf das „Merkblatt, Umgang mit Lithium-Ionen-Batterien (LIB) nach der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV)

der Bund-Länder-Arbeitskreis Umgang mit wassergefährdenden Stoffen Stand vom 29.05.2024 verwiesen.

Gemäß § 20 AwSV müssen Anlagen so „geplant, errichtet und betrieben werden, dass die bei Brandereignissen austretenden wassergefährdenden Stoffe, Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser sowie die entstehenden Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zurückgehalten werden.“

Von Vorhabenträgern wird zum Schutz vor Brandereignissen auf die Integration von BMS verwiesen sowie Maßnahmen der Sauerstoffreduktion zur Schaffung einer Schutzatmosphäre in Verbindung mit der Installation hochsensibler Ansaugrauchmelder genannt, die die Auswirkungen eines Brandes begrenzen sollen. Brandereignisse können jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Auf Anfrage der UWB bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) wurde darauf hingewiesen, dass alle derzeit zur Verfügung stehenden Sicherungsmaßnahmen die Auswirkungen und Folgen eines „thermal runaway“ nicht begrenzen können.

Bei einem solchen Fall versichert der Vorhabenträger, dass entsprechend eines Brandschutzkonzeptes ein brennender stationärer Batterie-Energiespeicher kontrolliert abbrennt, ohne den Einsatz von Löschwasser. Die Beeinträchtigung der umliegenden Böden durch einen solchen Brand freigesetzter giftiger Stäube und Partikel wird nicht betrachtet.

Auf Nachfrage der UWB bei dem Sachbereich vorbeugender Brandschutz des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurde die UWB darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine solche Lösung den Schutzziele des Brandschutzes widerspricht. Ein Brand muss folglich gelöscht werden. Löschwasser muss immer zurückgehalten werden. Auf § 14 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) wird verwiesen.

Sämtliche von der UWB angefragten Institutionen, darunter auch die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), der vorbeugender Brandschutz des Landkreises Potsdam-Mittelmark und TÜV-Organisationen etc. wiesen darauf hin, dass die im Brandfall starken exothermen Reaktionen zusätzlich als brandbeschleunigend wirken und bei Temperaturen bis zu 1.400 °C („thermal runaway“) mit dem Versagen der primären Umschließung (nicht nur Zellen-, sondern ggf. auch Modul- und Batteriegehäuse) zu rechnen ist. Soweit Wasser als Löschmittel verwendet wird, ist im Brandfall mit einem erheblichen Mehrbedarf an Löschwasser zu Kühlzwecken zu rechnen, welches sich nicht auffangen lässt.

Untere Abfallwirtschaftsbehörde

Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Freiflächen-PVA Cammer" der Gemeinde Planebruch" gegenwärtig nicht entgegen.

1. Einwendungen

a) Einwendungen.

Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.

b) Rechtsgrundlage:

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
- Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28. April 2022 (BGBl. I S. 700)
- Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl.I/97, [Nr. 05], S.40) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (GVBl.I/24, [Nr. 24], S., ber. [Nr. 40])

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Nicht erforderlich.

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Keine Hinweise.

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Keine Hinweise.

4. Weitergehende Hinweise

1.

Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen.

Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der Mitteilung 32 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, PN 98 zu erfolgen. Es sind diesbezüglich die Anforderungen gemäß Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV einzuhalten. Hierfür dürfen ausschließlich akkreditierte Labore beauftragt werden.

Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig.

Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.

Folgende Pflichten sind in diesem Zusammenhang bei Bau- und Abbrucharbeiten (Gesamtabfallmenge > 10 m³) zu erfüllen (s. a. Informationen zur novellierten Gewerbeabfallverordnung des MLUL¹):

- Getrenntsammlungs- und Verwertungspflichten nach § 8 Abs. 1 Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV)
- Dokumentationspflichten nach § 8 Abs. 3 GewAbfV
- Vorbehandlungs- und Aufbereitungspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 1 GewAbfV
- Dokumentationspflichten für Gemische nach § 9 Abs. 6 GewAbfV

Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.

Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.

2.

Im Zusammenhang mit einer ggf. notwendigen Entsorgung anfallender mineralischer Abfälle hat die Zuordnung der Abfälle zu einer Abfallart nach Abfallverzeichnisverordnung (AVV) entsprechend des Erlasses zur Neufassung der "Vollzugshinweise zur Zuordnung von Abfällen zu den Abfallarten eines Spiegeleintrages in der Abfallverzeichnis-Verordnung" vom 1. März 2023 (Amtsblatt für Brandenburg, 2023, Nr. 13, Seite 243) zu erfolgen. Der Mindestparameterumfang richtet sich dabei nach Anlage 5, Tabelle 1 des vorgenannten Erlasses.

3.

Hinsichtlich der Entsorgung ggf. anfallender gefährlicher Abfälle gilt:

Die Entsorgung regelt sich nach den §§ 48 ff KrWG. Gefährliche Abfälle zur Beseitigung unterliegen gemäß § 3 der Sonderabfallentsorgungsverordnung des Landes Brandenburg (SAbfEV) der Andienungspflicht. Für die Andienung ist folgende Einrichtung zuständig:

¹ Quelle: <https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Informationen-Erzeuger-Besitzer-von-Bau-und-Abbruchabfaellen.pdf>



- Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH (SBB), Großbeerenstraße 231,
14480 Potsdam, Tel. 0331 27930, www.sbb-mbh.de

Gefährliche Abfälle gemäß Abfallverzeichnisverordnung sind im förmlichen Nachweisverfahren nach § 50 KrWG i. V. mit §§ 2 ff der Nachweisverordnung einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Dazu bedarf es ab einem Gesamtanfall von **2.000 kg (Kleinmengen)**, bezogen auf alle als gefährlich eingestuft Abfallschlüssel, die an allen Standorten und in einem Jahr anfallen, zwingend einer Erzeugernummer. Diese kann bei der SBB unter

- <https://www.sbb-mbh.de/de/aufgaben-der-sbb/identnummern/erzeugernummer/>

beantragt werden. Das elektronische Nachweisverfahren ist für die Entsorgung gefährlicher Abfälle gesetzlich vorgeschrieben. Weitergehende Hinweise zum elektronischen Nachweisverfahren finden Sie unter

[https://www.sbb-](https://www.sbb-mbh.de/fileadmin/media/publikationen/merkblaetter/merkblatt_signatur_2012.pdf)

[mbh.de/fileadmin/media/publikationen/merkblaetter/merkblatt_signatur_2012.pdf](https://www.sbb-mbh.de/fileadmin/media/publikationen/merkblaetter/merkblatt_signatur_2012.pdf)

Bei einem Anfall von mehr als **2.000 kg** an gefährlichen Abfällen liegt die Zuständigkeit der Überwachung dieser Abfälle beim Landesamt für Umwelt (LfU).

4.

Bei einem geplanten Einsatz von mineralischen Bauersatzstoffen aus der Abfallwirtschaft (RC-Material) als Schottertrag-/ Frostschutzschicht sind die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen – Abschnitt 4 der Ersatzbaustoffverordnung zu erfüllen.

Die zum Einsatz in ein technisches Bauwerk vorgesehenen RC-Materialien müssen die Anforderungen nach Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 oder 2 der EBV einhalten und der Einbau der mineralischen Ersatzbaustoffe hat nur in den für sie jeweils zulässigen Einbauweisen nach Anlage 2 der EBV zu erfolgen.

Lieferscheine des eingebauten Recyclingmaterials sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der UAWB auf Verlangen einzureichen.

5.

Bei Konkretisierung geplanter Bau-/Abbruchmaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschaftsbehörde erneut zu beteiligen.

Untere Bodenschutzbehörde

I. Einwendungen

keine



II. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
keine

III. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
keine

IV. Weitergehende Hinweise

Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit:

1 vorsorgender Bodenschutz

Die Punkt 8.4 genannten Hinweise zum vorsorgenden Bodenschutz (Bodenschutzkonzept mit bodenkundlicher Baubegleitung) sollten in einem städtebaulichen Vertrag oder auf der Planurkunde festgeschrieben werden.

Gemäß dem Erlass des MLUK Land Brandenburg vom 17.07.2023 sind die Ziele, Anforderungen und Regelungen der LABO-Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ in Bezug auf den vorsorgenden Bodenschutz zu berücksichtigen.

2 Altlasten

Die Flurstücke im Verfahrensgebiet/Vorhabensgebiet sind nicht im Altlastenkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark registriert.

Untere Naturschutzbehörde

A. Einwendungen

Keine.

B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Gemäß § 9 Abs. 8 BauGB ist dem Bebauungsplan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB [Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht] beizufügen. Die Bestandteile des Umweltberichts sind in der Anlage 1 zum BauGB festgelegt.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind die Auswirkungen der Planung unter anderem auf Tiere und Pflanzen zu ermitteln und zu bewerten. Diese spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ist ein separater Bestandteil der Begründung des Bebauungsplans.

Zwar verletzt ein Bebauungsplan keine artenschutzrechtlichen Verbote und es existiert keine Rechtspflicht, nach der die planaufstellende Gemeinde diese Verbote bereits auf der Ebene abschließend zu lösen hätte. Aber sie muss vorausschauend prüfen, ob artenschutzrechtliche Hindernisse der Planumsetzung voraussichtlich unüberwindbar entgegenstehen. Sie muss deshalb die Artenschutzbelange auf der Bebauungsplan-Ebene angemessen und vollständig abarbeiten. Außerdem liegt in der Rechtsfolge des § 19 Abs. 1 S. 2 BNatSchG eine aufgrund der Aufstellung eines Bebauungsplans absehbare Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes nur bei zuvor

ermittelten nachteiligen Auswirkungen nicht vor, die von der zuständigen Naturschutzbehörde genehmigt wurden oder zulässig sind.

Die Prüfung, ob einem Planvorhaben artenschutzrechtliche Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG entgegenstehen, setzt eine ausreichende Ermittlung und Bestandsaufnahme der im Planbereich vorhandenen Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume voraus. Dies verpflichtet die planende Gemeinde zwar nicht, ein lückenloses Arteninventar zu erstellen. Die Untersuchungstiefe hängt vielmehr maßgeblich von den naturräumlichen Gegebenheiten im Einzelfall ab. Dabei kommen als Erkenntnisquellen Bestandserfassungen vor Ort und die Auswertung bereits vorhandener Erkenntnisse und Fachliteratur in Betracht, die sich wechselseitig ergänzen können (vergl. Hessischer VGH, Urteil vom 20. März 2014 – 4 C 448/12.N). Bitte wenden Sie sich dazu auch an das Artenkataster-führende Landesamt für Umwelt, Abteilung Naturschutz, Postfach 60 10 61, 14410 Potsdam oder wenden die Kartenanwendung des Landesamtes für Umwelt² aus.

Bei der Auswertung vorhandener Daten ist auf ihre Aktualität zu achten. Als Anhaltspunkt kann gelten, dass die Daten – je nach Dynamik des Betrachtungsraums – zum Zeitpunkt der Planaufstellung in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein sollten (vgl. u. a. Plachter et al. 2002³). Wenn sich seit der Erhebung der Daten die landschaftliche Situation und die Zusammensetzung der Biozönosen im Betrachtungsraum nicht oder nur wenig verändert hat (kein Nutzungs- oder Strukturwandel, keine wesentliche Veränderung von Standortbedingungen), kann auch bei einem höheren Alter der Daten von deren Gültigkeit ausgegangen werden. Es sollte jedoch eine qualitätssichernde Überprüfung (Plausibilitätsprüfung) durch einen Artenfachgutachter vorgenommen werden.

Planungsrelevant sind gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Nrn. 12-14 BNatSchG – bis zur noch ausstehenden Identifikation der nationalen Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG – die europarechtlich geschützten Arten.

Im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch (im Folgenden: B-Plan) ist zu ermitteln, für welche planungsrelevanten Arten(gruppen) eine Betroffenheit entsprechend der einschlägigen Verbotstatbestände mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann und mit welchen dieser Arten(gruppen) im Wirkungsraum der Planung zu rechnen ist. Die Bestände, Lebensräume, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der planungsrelevanten Arten(gruppen) sind sodann nach den einschlägigen Standardmethoden in Art-für-Art-Betrachtungen für gefährdete Arten und Arten mit besonderen Lebensraumansprüchen sowie in gruppenweiser Betrachtung für ungefährdete, ubiquitäre Arten zu ermitteln, die absehbaren artenschutzrechtlichen Verbotsverletzungen durch die mit dem B-Plan vorbereiteten Vorhaben aufzuklären und Maßnahmen der Vermeidung, Verminderung und Kompensation von Verbotsverletzungen zu entwickeln.

Es wird empfohlen, den Artenschutz-Fachbeitrag an die Hinweise zur Erstellung des Artenschutzbeitrages (ASB) bei Straßenbauvorhaben im Land Brandenburg⁴ anzulehnen und als separaten Teil der B-Plan-Begründung zu fertigen. Alternativ wird die Berücksichtigung

² <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/natur/naturschutzfachdaten/kartenanwendung/kartenanwendung-naturschutzfachdaten/#>

³ Plachter, H.; Bernotat, D.; Müssner, R. & Rieken, U. (2002): Entwicklung und Festlegung von Methodenstandards im Naturschutz. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 70

⁴

<https://www.ls.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Hinweise%20ASB%20%28Stand%2008.2022%29.4249850.pdf>

der Arbeitshilfe Artenschutz und Bebauungsplanung des MIL⁵ empfohlen. Das Landesamt für Umwelt empfiehlt die Anwendung der Prüfschritte entsprechend der Verwaltungsvorschrift Artenschutz NRW⁶.

C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Die Gemeinden überwachen gemäß § 4c BauGB die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen; Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB und von Maßnahmen nach § 1a Abs. 3 S. 4 BauGB (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz).

Stellt sich dabei heraus, dass konzeptionelle artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen keinen hinreichenden Erfolg haben, weil sich beispielsweise die zu begünstigenden Arten nicht oder nicht mit der angestrebten Individuen- beziehungsweise Revieranzahl im Maßnahmengebiet ansiedeln, sind sie anzupassen oder alternative Maßnahmen zu entwickeln und bis zum Einstellen des Erfolges durchzuführen. Der Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger sollte für diesen Fall eine Anpassungsoption enthalten.

Artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sind so lange zu unterhalten, wie die ihr zugrundeliegende Beeinträchtigung von Arten anhält.

D. Weitergehende Hinweise

1) Berücksichtigung der Landschaftsplanung

Bei der Aufstellung eines Bauleitplans sind gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. g BauGB und § 9 Abs. 5 S. 1 BNatSchG die Inhalte der Landschaftsplanung zu berücksichtigen. Konkret sind das

- das Landschaftsprogramm⁷ (im Folgenden: LaPro;),
- der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Potsdam-Mittelmark⁸ (im Folgenden: LRP) und
- der Landschaftsplan (im Folgenden: LP).

Im Aufstellungsverfahren der FNP-Änderung hat sich die Gemeinde mit den plangebietsrelevanten Inhalten des LaPro, LRP und LP auseinanderzusetzen. Soweit den

⁵

<https://mil.brandenburg.de/cms/media.php/lbm1.a.3310.de/Arbeitshilfe%20Artenschutz%20in%20der%20Bebauungsplanung.pdf>

⁶

https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/vv_artenschutz_inkl_einfuehrungserlass_20160606.pdf

⁷ <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/oeffentlichkeitsarbeit/veroeffentlichungen/detail/~01-12-2000-landschaftsprogramm-brandenburg>

⁸ <https://gis.potsdam-mittelmark.de/hyperlink/geoportal/index.html>

Zielen, Erfordernissen und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege – das betrifft auch Erfordernisse des Biotopverbundes – nicht Rechnung getragen werden kann, ist dies gemäß § 9 Abs. 5 S. 3 BNatSchG zu begründen.

2) Gemeinsame Arbeitshilfe PV-FFA des MLUK, MIL und MWAE

Die „Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg“ (MLUK, MIL und MWAE [Hrsg.], 2023)⁹ ist zu berücksichtigen.

3) Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz

Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. a BauGB bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind gemäß § 1a Abs. 3 S. 1 BauGB in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Der Ausgleich erfolgt gemäß § 1a Abs. 3 S. 2 BauGB durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. Gemäß § 15 Abs. 2 BNatSchG ist eine Beeinträchtigung ausgeglichen, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. Eine Beeinträchtigung gilt dann als ersetzt, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts im betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist. Bei der Festsetzung von Art und Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind gemäß § 15 Abs. 2 S. 5 BNatSchG unter anderem die im Landschaftsrahmenplan oder Landschaftsplan dargestellten Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Für die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung wird im Land Brandenburg von der Obersten Naturschutzbehörde, dem Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (im Folgenden: MLEUV), die Anwendung der Hinweise des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz zum Vollzug der Eingriffsregelung¹⁰ (im Folgenden: HVE) empfohlen.

Bei der Planung von Kompensationsmaßnahmen für die B-Plan-bedingten Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und Landschaftsbildes ist zu beachten, dass die ausgewählten Flächen aufwertungsfähig und aufwertungsbedürftig sind.

Zur Förderung der Biodiversität wird angeregt, möglichst viele heimische Gehölzarten für die geplanten Gehölzpflanzungen festzusetzen, deren Standortansprüche im B-Plan-Gebiet erfüllt sind. Insofern wird auf die Anlage zur GehölzSchVO PM¹¹ verwiesen, die alle heimischen Baum- und Straucharten mit ihren Standortansprüchen enthält.

Im Hinblick auf die Textlichen Festsetzungen 7 und 8 wird auf die Einhaltung der Regelungen des § 40 Abs. 1 BNatSchG, den Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und

⁹ <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~23-08-2023-ausbau-erneuerbarer-energien>

¹⁰ https://mlul.brandenburg.de/media_fast/4055/hve_09.pdf

¹¹ https://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/PDF/Formulare_Fachbereiche/FB_Umwelt_Landwirtschaft_Verbraucherschutz/Naturschutz/GehoeelzschtzVO_KT-Beschluss2011_0.pdf

Klimaschutz zum Vollzug von § 40 des Bundesnaturschutzgesetzes - Gebietseigene Gehölze (Gehölzerlass Brandenburg) vom 15. Juli 2024¹² sowie die Handlungsanleitung gebietseigenes Pflanz- und Saatgut zur Umsetzung des § 40 BNatSchG¹³ hingewiesen.

Kompensationsverpflichtungen können auch durch vertragliche Regelungen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in qualifizierten Flächenpools abgelöst werden.

Außerhalb des B-Plans auszuführende Kompensationsmaßnahmen sind in geeigneter Weise rechtlich zu sichern.

4) Genehmigungspflicht der Herstellung oder Veränderung von Verkehrsflächen

Sofern Verkehrsflächen außerhalb des B-Plans zu verändern oder neu herzustellen sind, ist die dafür grundsätzlich erforderliche Eingriffsgenehmigung von der unteren Naturschutzbehörde einzuholen.

5) Einfriedung

Der Einsatz von Stacheldraht ist insbesondere im bodennahen Bereich zu vermeiden, weil sonst unter dem Zaun hindurchschlüpfende Tiere darin hängenbleiben und verenden können.

6) Rückbauverpflichtung

Es sollte sichergestellt werden, dass alle baulichen Anlagen des B-Plans nach Nutzungsaufgabe vollständig zurückgebaut werden. Die Gemeinde kann zur Durchsetzung dieses Anspruchs die gesetzlichen Regelungen des § 179 BauGB anwenden.

7) Besonderer Artenschutz

Die als Ergebnisse der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung des B-Plans formulierten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen sollten soweit wie rechtlich möglich festgesetzt, alle anderen hilfsweise im Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 S. 1 BauGB zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger vereinbart werden. Ihre Durchführung und Einhaltung ist durch die Gemeinde gemäß § 4c BauGB zu überwachen.

Es ist sinnvoll, wenn bereits auf der Planebene ein konkretes fachliches Konzept zur Vermeidung, Verminderung und Kompensation von artenschutzrechtlichen Verbotswertungen erarbeitet wird, damit es für die Vorhabengenehmigungsebene vorliegt und Genehmigungsverfahren nicht verzögert werden. Es ist außerdem erforderlich, die Verantwortlichkeiten für die einzelnen artenschutzrechtlichen Prüf- und Umsetzungsschritte zu bestimmen und gegebenenfalls vertraglich zu fixieren.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen, sogenannte CEF-Maßnahmen (*continuous ecological functionality measures* → Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion) müssen gemäß § 44 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 BNatSchG mit Beginn des (Zugriffs-)Vorhabens bereits wirksam sein. Das heißt sie müssen so rechtzeitig durchgeführt werden, dass zwischen dem dokumentierten Erfolg der Maßnahmen und dem vorgesehenen Eingriff keine zeitliche Lücke

¹² https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelzerlass_2024

¹³ https://www.lsb.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung%20gebieteseigenes%20Pflanz-%20und%20Saatgut_Stand%2002.pdf

entsteht. Außerdem müssen CEF-Maßnahmen in einem sehr engen räumlichen Zusammenhang realisiert werden, damit die betroffene ökologische Funktion dort weiterhin erfüllt wird.

8) Schutz nachtaktiver Tierarten vor Beleuchtung

Sofern die Außenanlagen beleuchtet werden sollen, ist zum Schutz nachtaktiver Insekten und von Vögeln nach Maßgabe der Licht-Leitlinie vom 16. April 2014 Folgendes zu beachten:

- Vermeidung heller weitreichender künstlicher Lichtquellen in der freien Landschaft
- Lichtlenkung ausschließlich in die Bereiche, die künstlich beleuchtet werden müssen (das heißt Abstrahlung nach oben oder in horizontaler Richtung vermeiden)
- Wahl von Lichtquellen mit für Insekten wirkungsarmem Spektrum (vorzugsweise monochromatisches Licht der Natriumdampf-Niederdrucklampe oder LED-Leuchten mit warm- und neutralweißer Lichtfarbe; Verzicht auf Quecksilber- und Halogendampflampen)
- Verwendung von vollständig geschlossenen staubdichten Leuchten
- Begrenzung der Betriebsdauer auf die notwendige Zeit

Zwar ist eine entsprechende Regelung aus rechtlichen Gründen nicht festsetzbar, aber es wird angeregt, sie im Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger festzuschreiben.

9) Baumschutz/Baumersatz

Sofern die Durchführung des B-Plans zur Beseitigung von Bäumen und Feldgehölzen führen kann, die aktuell zwar gemäß § 2 Abs. 2 GehölzSchVO PM geschützt sind, ist für diese Bäume und Feldgehölze gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) BauGB die Kompensation bereits auf der Ebene abschließend zu regeln. Dafür eignet sich eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB, die sich am Ersatzmaßstab des § 8 Abs. 1 GehölzSchVO PM orientieren kann. Die Ausgleichsverpflichtungen können auch durch eine vertragliche Regelung über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen innerhalb von qualifizierten Flächenpools abgelöst werden.

Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften sowie Handlungsempfehlungen:

- BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist
- BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
- Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zum Vollzug von § 40 des Bundesnaturschutzgesetzes - Gebietseigene Gehölze (Gehölzerlass Brandenburg) vom 15. Juli 2024 (ABl./24, [Nr. 31], S.667)
- GehölzSchVO PM: Verordnung des Landkreises Potsdam-Mittelmark zum Schutz der Bäume und Feldgehölze als geschützte Landschaftsbestandteile vom 29.09.2011 (Amtsblatt Potsdam-Mittelmark 11/2011)

- Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014; veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 11 vom 25. Mai 2014

Untere Denkmalschutzbehörde

Baudenkmalschutz

Das Plangebiet für den vorliegenden Entwurf zum o. g. B-Planverfahren befindet sich in der direkten Umgebung des Denkmals „**Bockwindmühle, an der Straße nach Golzow**“ in 14822 Gemeinde Planebruch OT Cammer, das gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg – Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz, BbgDSchG vom 24. Mai 2004 (GVBl. I. S. 215) in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragen ist. Dem Schutz dieses Gesetzes unterliegt ebenfalls die Umgebung des Denkmals gemäß § 2 Abs. 3 BbgDSchG.

Nach Prüfung der vorliegenden Unterlagen bestehen aus denkmalrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Damit die Anlagen nicht sehr störend im natürlichen Raum und auch in der Blickachse mit der Mühle wirken, wird eine Grenzbepflanzung empfohlen.

Innerhalb der vorliegenden Prüffläche sind keine erheblichen Beeinträchtigungen von Baudenkmalen zu erwarten, daher stehen den zu prüfenden Änderungen aus denkmalrechtlicher Sicht keine Belange entgegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM) als Träger öffentlicher Belange gesondert am Verfahren zu beteiligen ist.

Bodendenkmalschutz

Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale gemäß §§ 1 und 2 Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG- (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.; Änderung vom 28. Juni 2023 GVBL Land Brandenburg Nr. 16 vom 30. Juni 2023) bekannt.

Jedoch grenzen unmittelbar an die Planungsflächen des Teilbereiches 1 bekannte noch in Bearbeitung (i.B.) befindliche Bodendenkmale:

BD i.B. 30040 (Cammer 13): Siedlung Urgeschichte
BD i.B. 30029 (Cammer 2): Gräberfeld römische Kaiserzeit
BD i.B. 30030 (Cammer 3): Siedlung römische Kaiserzeit.

Eine Kartierung zur Lage der in Bearbeitung befindlichen Bodendenkmale wurde Ihnen mit der Stellungnahme vom 14.04.2025 des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum Wünsdorf übergeben.



Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuelle auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, wird dem Vorhabenträger empfohlen, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Plangebiet durchführen zu lassen (siehe Verwaltungsvorschrift des MWFK über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien vom 20.07.2023; Amtsblatt Brandenburg Nr. 32 vom 16.08.2023). Eine solche Bestandsanalyse kann zunächst unaufwendig und kostengünstig in einigen Sondageschnitten bestehen, die - lediglich unter Humusabnahme bis auf das anstehende Substrat - schnell und zuverlässig eine Beurteilung der im Boden verborgenen Bodendenkmalstrukturen erlauben. Mit der Bestandsanalyse ist eine archäologische Fachfirma zu beauftragen, die ein entsprechendes Gutachten erstellt (§ 7 Abs. 3, § 9 Abs. 3 und § 11 Abs. 3 BbgDSchG).

Weitere Auskünfte dazu erteilen die Denkmalbehörden (Frau Dorn Tel. 03328/318541).

Nach Abschluss der Bestandsanalyse wird die Denkmalbehörde hinsichtlich der ggf. weiteren notwendigen archäologischen Maßnahmen oder Freigabe des Baufeldes eine abschließende Stellungnahme abgeben.

Allgemeine Hinweise

Unabhängig davon können jederzeit bei mit Erdingriffen verbundenen Baumaßnahmen Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände, entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).

Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§§ 11 Abs. 4 und 12 BbgDSchG).

• **Fachdienst Landwirtschaft**

Der Fachdienst Landwirtschaft weist darauf hin, dass die Umsetzung des Planvorhabens mit dem jeweiligen Bewirtschafter im Einvernehmen erfolgen soll, sodass die landwirtschaftlichen Belange daran angepasst werden können.

Zudem weist der Fachdienst Landwirtschaft des Landkreises Potsdam-Mittelmark weiterhin darauf hin, dass jeder Entzug von landwirtschaftlich genutzter Fläche nicht mehr für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und somit nicht für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung steht. Die notwendige Ausweitung der solaren Kapazitäten sollte vorrangig auf Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad, auf Dächern, ehemaligen Militärstützpunkten oder Siedlungs- und Konversionsflächen erfolgen und Acker- oder Grünland nur im Ausnahmefall in Anspruch nehmen.

Durch die aktuelle Novelle des EEG (Erneuerbare-Energiegesetz), die am 01.01.2023 in Kraft getreten ist, liegen die Errichtung und der Betrieb von Erneuerbaren-Energie-Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der

öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausneutral ist, sollten die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Hinweise und unter dem Aspekt der Energiegewinnung liegen seitens des Fachdienstes Landwirtschaft keine Bedenken gegenüber dem o.g. Planvorhaben vor.

- **Fachdienst Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz, Bereich Brandschutz**

1. Nach den Vorgaben des BauGB sind u. a. die Belange der Versorgung mit Wasser bei der Aufstellung der Bauleitpläne besonders zu berücksichtigen [§ 1 (6) Nr. 8e BauGB]. Daher ist darauf zu achten, dass eine für die Feuerwehr ausreichende Löschwasserversorgung, auf Grund der vorgesehenen Nutzung sind mindestens **800 l/min** für zwei Stunden erforderlich, sichergestellt ist. Die gesamte Löschwassermenge muss dabei in einem Umkreis (Radius) von 300 Metern um jedes Bauvorhaben zur Verfügung stehen. [§ 14 BbgBO in Verbindung mit § 3 (1) Nr. 1 BbgBKG und dem Arbeitsblatt des DVGW W- 405]

2. Die Verkehrswege im Plangebiet sind, soweit aufgrund der möglichen Bebauung (z.B. Gebäudeklasse > 3, Sonderbau) oder Gebäude weiter als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt, nach den „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen.

Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen der Nutzungskategorie N Fw, nach den Richtlinien für begrünbare Flächenbefestigungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL), erfüllen ebenfalls die bauaufsichtlichen Anforderungen. [§ 5 (1) und (2) BbgBO]

3. Solarpark

Vor den Löschwasserentnahmestellen sind Bewegungsflächen herzustellen. Auf eine ausreichende Anzahl von Zufahrten sowie eine Umfahrung der Anlage wird hingewiesen (Ausführung nach „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“ Fassung Februar 2007 zuletzt geändert im Oktober 2009, als Mindestanforderung auszuführen; Zufahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen der Nutzungskategorie N Fw, nach den Richtlinien für begrünbare Flächenbefestigungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau (FLL), erfüllen ebenfalls die bauaufsichtlichen Anforderungen) und muss im Vorfeld nachweislich mit der Brandschutzdienststelle des Landkreises abgestimmt werden.

- **Fachdienst Gesundheit**

Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.



Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand Vorentwurf 14.01.2025. bezüglich der Auswirkungen und Einflüssen auf das Schutzgut Mensch betrachtet.

Für die Errichtung der Photovoltaikanlage in 3 Teilbereichen im derzeitigen Außenbereich ist die Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes erforderlich.

Trinkwasser

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.

Immissionen

Die Photovoltaikanlagen grenzen an Wege.

Photovoltaik-Flächenanlagen können von Menschen als ästhetisch störend empfunden und negative Auswirkungen auf die Landschaft oder das Landschaftsbild gesehen werden. Die Veränderung der Landschaft kann bei einigen Personen Unbehagen oder sogar Stress verursachen, insbesondere wenn sie das Bild der ländlichen Umgebung verändern.

„Das Landschaftsbild hat für viele Menschen eine sehr hohe Bedeutung, da es zur Erholung, zu einem Sich-Wohlfühlen und damit zur Lebensqualität beiträgt“ (Quelle: Frohmann und Schauppenlehner 2020, S. 276; Veröffentlichung: Auswirkungen von Solarparks auf das Landschaftsbild, Kompetenzzentrum Natur und Energiewende, 2020).

Aus Sicht des FD Gesundheit wird daher angeregt, dass dort, wo die Anlagen an Wege grenzen, zur Begrünung Hecken- und Baumstreifenbepflanzungen zur optischen Abschirmung gewählt werden.

Unabhängig vom Sichtschutz können von Photovoltaik-Flächenanlagen Blendungs- oder Reflexionserscheinungen ausgehen, die schädliche Umwelteinwirkungen und Belästigungen im Sinne des § 3 BImSchG darstellen können.

In der Begründung im Punkt Nr. 10 Maßnahmen gegen Reflexionen und Blendung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 24 BauGB) wird ausgesagt: „Es sind Module zu verwenden, deren Modulglas über eine spezielle Oberflächentexturierung und eine sogenannte Antireflexschicht verfügt. An der der Landesstraße 85 zugewandten Seite der Sondergebiete Photovoltaik sind ggf. Blendschutzeinrichtungen gemäß Gutachten zu installieren.“

Das Blendgutachten ist im weiteren Verfahren vorzulegen.

Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.



- **Fachdienst Kreisstraßenbetrieb**

Das Vorhaben betrifft keine Kreisstraße. Aus Sicht des FD Kreisstraßenbetrieb ergeben sich deshalb keine Hinweise bzw. Einwendungen.

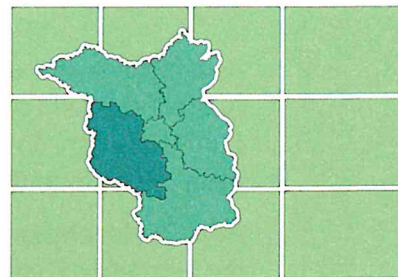
Freundliche Grüße
Im Auftrag

M. Dorn

[Dieses Dokument wurde elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.]

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

- Der Vorsitzende -



Amt Brück
Fachbereich Bauen
Ernst-Thälmann-Straße 59
14822 Brück

Nur per E-Mail an: baurecht@amt-brueck.de sowie aw.pqmu@web.de

Bearbeiter:	Tel.	E-Mail:	Az.:	Teltow, den
Herr Klauber	-13	kilian.klauber@havelland-flaeming.de	6df_10434_xh	17.04.2025

Planung: Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“ der Gemeinde Planebruch

Hier: Beteiligung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB

Bezug: Ihr Schreiben vom 17.03.2025 mit der Bitte um Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Beteiligung am o. g. Planverfahren und nehme wie folgt Stellung:

1. Formale Hinweise

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Mai 2024 (GVBl. I Nr. 20), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.

Die Satzung über den **Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte** wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft.

Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27. Juni 2019 die Aufstellung des **Regionalplans Havelland-Fläming 3.0** beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.

In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem

• Körperschaft des öffentlichen Rechts •
Oderstraße 65, 14513 Teltow
Tel.: (03328) 3354-0, Fax: (03328) 3354-20,
E-Mail: info@havelland-flaeming.de, Internet: www.havelland-flaeming.de

Verkehrsverbindung: - Potsdam Hauptbahnhof: Bus X1 oder 601 bis Teltow, Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 20 min.
- Berlin S-Bahn 25 nach S Teltow/Stadt, dann Bus X1 oder 601 bis Haltestelle Teltow/Feuerwehr – alle 10 min.

beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. In diesem Verfahren bestand bis zum 09. Juni 2022 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.

Am 17. November 2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen **Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027** aufzustellen. Die Satzung über den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde mit Bescheid vom 26. September 2024 genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 42 vom 23. Oktober 2024 trat der Sachliche Teilregionalplan in Kraft. Zugleich wurde von der Landesplanungsbehörde festgestellt, dass der Sachliche Teilregionalplan mit dem regionalen Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für den Stichtag 31. Dezember 2027 nach Artikel 1 des Brandenburgischen Flächenzielgesetzes vom 8. März 2023 (GVBl. Nr. 3) in Einklang steht. Das Aufstellungsverfahren zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wird mit den übrigen Festlegungen fortgeführt.

2. Regionalplanerische Belange

Es werden keine Regionalplanerischen Belange berührt.

Auf die Lage der Teilfläche 1 im Freiraumverbund (Landesplanerisches Ziel 6.2 LEP-HR) wird hingewiesen. Dort sind Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Regel nicht genehmigungsfähig.

Mit freundlichen Grüßen-

beglaubigt: 

Marko Köhler

Amt Brück • Ernst-Thälmann-Straße 59 • 14822 Brück

Tätig für: Amt Brück

Fachbereich: Zentrale Aufgaben,
Organisation, Personal und
Brandschutz

Per E-Mail

Seiten: 1

Climagy Projektentwicklung GmbH
Herr Tim Seeber

Auskunft erteilt: Frau Feuerherdt

Telefon: 033844/62-113

Telefax: 033844/62-119

E-Mail: brandschutz@amt-brueck.de
(nicht zu verwenden i. S. d. § 2 Abs. 1 eGovG)

Datum: 08.07.2025

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

- bei Zahlung und Schriftwechsel unbedingt angeben -

Bebauungsplan „Freiflächen-PVA Cammer“

Stellungnahme zum Brandschutz

Das Hauptaugenmerk des Brandschutzes liegt hier vorrangig auf dem Umgebungs- und Nachbarschaftsschutz, nicht auf dem Anlagenschutz. Die technische und personelle Ausstattung der Freiwilligen Ortsfeuerwehr Cammer ist bei der Umsetzung der Brandschutzaufgaben zu betrachten.

Zugänge und Zufahrten auf dem Grundstück

Für den Einsatz der Feuerwehr ist eine Feuerwehrezufahrt mit einer Durchfahrtsbreite von mind. 3,00 m vorzusehen. Zudem sind aufgrund der Größe der zu bebauenden Fläche Feuerwehrezufahrten auf dem Gelände selbst erforderlich. Die Zufahrten sind so anzuordnen, dass am Ende eine Wendemöglichkeit für die Einsatzfahrzeuge gewährleistet ist. Der Kurvenradius hat eine Breite von 5,00 m nicht zu unterschreiten. Aus Gründen des Umgebungsschutzes ist es der Feuerwehr bauseitig zu ermöglichen, die bebaute Fläche im Ringschluss zu umfahren.

Hinsichtlich der Beschaffenheit ist die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr (u.a. Gesamtmasse max. 16 Tonnen; Achslast max. 10 Tonnen) dabei einzuhalten.

Abstand zu Waldstücken:

Zu Waldstücken ist eine Abstandbegrenzung von 30 Metern gemäß des Waldgesetzes des Landes Brandenburg einzuhalten.

Sprechzeiten:		Bankverbindungen		
Dienstag	9.00-12.00 / 13.00-18.00 Uhr	Mittelbrandenburgische Sparkasse	VR-Bank Fläming e.G.	Deutsche Kreditbank AG
Donnerstag	9.00-12.00 / 13.00-16.00 Uhr	IBAN DE52 1605 0000 3657 0744 13	IBAN DE78 1606 2008 4203 2245 01	IBAN DE66 1203 0000 1021 4307 70
Freitag	9.00-12.00 (Meldeamt)	BIC WELADED1PMB	BIC GENODEF1LUK	BIC BYLADEM1001
E-Mail: info@amt-brueck.de (zu verwenden i. S. d. § 2 Abs. 1 eGovG)				
Nähere Informationen finden Sie unter www.amt-brueck.de/impressum				

Löschwasserversorgung:

Zur Verhinderung der Brandausbreitung auf angrenzende Grundstücke sowie Objekte (Nachbarschaftsschutz) sind geeignete Löschwasserentnahmestellen (Art der Löschwasserentnahmestelle ist in Anbetracht der örtlichen Gegebenheiten festzulegen) in einem Abstand von 300m um die bebaute Fläche anzulegen.

Berechnungsgrundlage für den Umgebungsschutz - Brand auf einer Fläche 1 ha, bekämpft aus 2 Flanken.

Pro Flanke wird mit zwei Löschgruppenfahrzeugen (oder vergleichbar) geplant, die jeweils eine Arbeitsbreite von 50 m abdecken sollen. Hier wird mit dem Einsatz von drei CM-Strahlrohren pro Fahrzeug gerechnet. Dies ergibt 12 Strahlrohre mit einer Durchflussmenge von 200l/ min. Bei 12 Strahlrohren ergibt dies einen Löschwasserbedarf von 2.400 l/ min.

Für die Löschwasserbereitstellung sind Löschwassertanks, mit einer Löschwasserleistung von insgesamt 48 m³/h für die Dauer von 3 Stunden ($2400\text{l/m} \cdot 60\text{ min} = 144.000\text{ m}^3 = 48\text{ m}^3/\text{h}$ für die Dauer von 3 Stunden) vorzusehen.

Der Nachweis der vorhandenen Löschwassermenge ist regelmäßig durch den Vorhabenträger zu prüfen und zu protokollieren. Die Löschwassermenge ist auf dem Gelände der baulichen Anlage zur Verfügung zu stellen (siehe Grafik in der Anlage)

Ansprechpartner:

Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, ist am Zufahrtstor deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage anzubringen und der örtlichen Feuerwehr mitzuteilen. Adresse und Erreichbarkeit des zuständigen Energieversorgungsunternehmens ist bei der Alarmierungsplanung zu hinterlegen.

Organisatorische Maßnahmen:

Bei Photovoltaikanlagen im Freigelände handelt es sich i.d.R. um größere (flächige) bauliche Anlagen. Wegen der Besonderheiten dieser Anlagen sollte ein Feuerwehrplan nach DIN 14 095 hierfür vom Betreiber in Absprache mit der zuständigen Feuerwehr erstellt und der örtlichen Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden. In den Plänen sollte die Leitungsführung bis zum/zu dem/den Wechselrichter/-n und von dort bis zum Übergabepunkt des Energieversorgungsunternehmens erkennbar sein. Hinsichtlich einer eventuellen Objektplanung (Alarmplanung) ist eine eindeutige Alarmadresse von der Gemeinde zugeordnet werden.

Die Feuerwehr ist durch den Betreiber vor Inbetriebnahme der Anlage einzuweisen. Für die gewaltlose Zugänglichkeit zum Objekt ist ein Feuerwehr-Schlüsseldepot Typ 1 (nicht VdS-anerkannt) am Zufahrtstor anzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

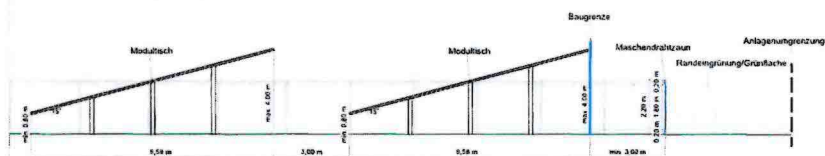


Gebbert

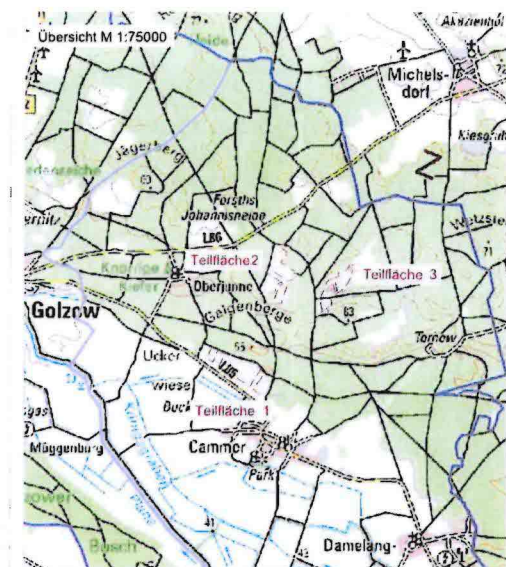
FBL Zentrale Aufgaben, Organisation, Personal und Brandschutz



Konstruktionsskizze (M 1:200)



Anlagenstatistik						Flächenstatistik					
Fläche	Anzahl Tische 4*26	Anzahl Tische 4*13	Anz. Mod.	Anlagen- leistung (MWp)	Anzahl WR	unzäunte Fläche (ha)	Anpflanzung (ha)	Grünfläche SPE-A (ha)	Grünfläche SPE-B (ha)	Hecke (ha)	
1.1	18	10	2.392	1.554800	1	3,43					
1.2	201	19	11.492	7.469800	2	5,30					
1.3	141	25	13.964	10.376600	2	7,22	0,44	0,00	3,17	0,92	
1.4	75	22	8.944	5.813600	3	4,33					
2.1	160	35	18.460	11.999000	2	8,50					
2.2	99	19	11.284	7.334600	1	5,42	0,00	1,24	2,92	0	
2.3	41	18	5.200	3.380000	1	2,74					
3.1	63	30	10.400	6.760000	2	5,49	0,00	1,58	2,11	0	
3.2	65	28	8.216	5.340400	2	4,17					
Gesamt:	785	206	92.352	60.028800	12	58,60	44,92	0,44	2,83	8,20	0,92



Projektstatistik

Flächenstatistik

Gesamtfläche	- ca. 58,60 ha
Umzäunte Fläche	- ca. 44,92 ha
Randeingrünung/Grünfläche	- ca. 12,39 ha

DC Leistung (Module)

Modultyp	- N-Type Half-Cell bifacial Module / 650 Wp
Anz. Modultische (4x26)	- 785
Anz. Modultische (4x13)	- 2056
Anz. Module	- 92.352
Anlagenleistung (DC)	- 60,028800 MWp

AC Leistung (Wechselrichter)

Wechselrichtertyp	- SMA SC 4400UP
Anz. Wechselrichter	- 12

Wechselrichterleistung Gesamt (AC) - 52,80 MVA

Legende

Flurstücksgrenze	Entwässerungsgraben
Flurstücksnummer	Haupteinfahrt in das Sondergebiet
Modultisch	Soll, dauernd wasserführend, mit Uferzone (Bestand)
Wasserspeicher	SPE-Fläche Entwicklung Waldrand
Zaun	SPE-Fläche Entwicklung Trockenrasen
Baugrenze	Erhalt von Baumhecke
Geltungsbereich	Anpflanzung
Zuwegung	Gehölz
SO Fläche	



we care about environment.

Climagy Projektentwicklung GmbH
Grünengasse 1
97509 Kitzbühel OT Zellitzheim
Tel. +49 - 9285 - 9504 - 2211
www.climagy.de

Projekt: Cammer

Adresse/ Koordinaten:
Bundesland: Brandenburg
Kreis: Potsdam-Mittelmark
Gemeinde: Planebruch
WGS 84: 52.2676°N
12.6531°O

Datum: 20.06.2025
Gezeichnet von: M. Baldi
Maßstab/ Plangröße: 1:10000/ A3
Revision: R11a

Weitergabe sowie Vervielfältigung dieses Dokuments, Verwertung und Mitteilung seines Inhalts sind verboten, soweit nicht ausdrücklich gestattet. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz.